



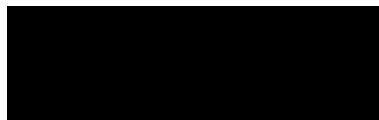
Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Donata Vogtschmidt
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 10557 Berlin



DATUM 10. September 2026

BETREFF **Schriftliche Frage Monat September 2026**
HIER Arbeitsnummer 9/33

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen
die beigelegte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung



Daniela Ludwig

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage der Abgeordneten Donata Vogtschmidt
vom 3. September 2026
(Monat September 2026, Arbeits-Nr. 9/33)

Frage

Ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Sicherheit des Bundes im Zuge des erfolgreichen Cyberangriffs auf die Berliner Landesverwaltung im August 2026 gefährdet worden (bitte gegebenenfalls die direkt und indirekt betroffenen Bereiche benennen), und welche Schlüsse zieht sie daraus, insbesondere hinsichtlich eines möglichen Anpassungsbedarfs des Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie der EU, bei dem Kommunen nicht in den Geltungsbereich aufgenommen wurden?

Antwort

Grundsätzlich äußert sich die Bundesregierung nicht zu Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich der Länder fallen. Dies betrifft auch die Umsetzung der NIS-2-Richtlinie auf Landesebene, einschließlich der in Artikel 2 Absatz 5 der NIS-2-Richtlinie vorgesehenen Möglichkeit, den Anwendungsbereich der Richtlinie auf Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung auf lokaler Ebene zu erweitern.

Wie bereits mit der Antwort auf die Frage mit der Arbeitsnummer 8/367 mitgeteilt, unterstützen das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), das Bundeskriminalamt (BKA) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die ermittlungsführenden Behörden in beratender Funktion. Hierbei werden auch die Sicherheitsinteressen des Bundes in den Blick genommen. Die Prüfung, ob Sicherheitsinteressen des Bundes betroffen sind, dauert an.